

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den

07.10.2013

Produktionsbedingungen städtischer Dienstkleidung hinterfragen

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten darzustellen, welche Textilien beschafft werden und zu prüfen, ob Dienstbekleidung für städtische Beschäftigte und auch für städtische Beteiligungsunternehmen (u.a. Baureferat, Feuerwehr, Abfallwirtschaftsbetrieb, Klinikum) fair beschafft werden kann.

Begründung:

Die Herstellung von Textilien erfolgt häufig unter katastrophalen Arbeitsbedingungen in Entwicklungs- und Schwellenländern wie Bangladesch und Pakistan: Für die Fabrikgebäude gibt es keine Sicherheitsstandards, der Brandschutz wird ignoriert, die Näherinnen und Näher arbeiten oft 7 Tage die Woche für einen geringen Mindestlohn in überfüllten und kaum belüfteten Arbeitsräumen. Auch kommen die Rohstoffe für die Textilproduktion, wie z.B. Baumwolle oft umdeklariert aus Ländern wie Usbekistan, wo sie von Kindern geerntet wird.

Die jüngsten Katastrophen in Bangladesch mit mehreren Tausend Todesopfern haben erst wieder die Weltöffentlichkeit auf diese katastrophalen Arbeitsbedingungen für Näherinnen und Näher aufmerksam gemacht. Doch lassen die meisten Europäischen Textilhersteller ihre Ware ganz oder teilweise in diesen Ländern produzieren. Für Verbraucher ist der Warenstrom absolut undurchsichtig und nicht nachvollziehbar. Ein Umdenken beim Kauf der Kleidung findet deshalb kaum statt.

Seit vielen Jahren bemühen sich Organisationen wie die Kampagne für saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign, kurz: CCC) oder die Fair Wear Foundation für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in diesen Ländern und um Transparenz bezüglich der Produktionsbedingungen.

München hat eine Vorreiterrolle bei Produkten ohne ausbeuterische Kinderarbeit. Auch im Ausbau der fairen Beschaffung hat München etliche Initiativen auf den Weg gebracht und wurde für ihr Engagement kürzlich zur Fairtrade Town gekürt. Bereits 2010 wurde vom Stadtrat beschlossen, den Leitfaden des Deutschen

Städtetages zur Berücksichtigung sozialer Belange im Vergaberecht zu berücksichtigen und die IAO-Kernarbeitsnormen in das bestehende städtische Beschaffungssystem zu integrieren.

Die Rechtsprechung hat u.a. auf europäischer Ebene in den letzten Jahren bestätigt, dass soziale Kriterien bei der Ausschreibung ausdrücklich aufgenommen werden können und bekräftigt somit den Kurs der Münchner Stadtverwaltung.

Die Beschaffung von Textilien ist bei der LHM ein Bereich, der zwar bereits aufgegriffen, für den jedoch noch keine konkreten Ziele definiert wurden.

Eine Kommune hat mit ihrem Beschaffungsmanagement durchaus Einfluss auf die Herstellungsprozesse und -bedingungen der Produkte. Gerade auch im Zusammenschluss mit weiteren Kommunen, könnte die Nachfrage nach fair hergestellten und „sauberen“ Textilien so erhöht werden, dass Produzenten darauf reagieren und ihre Herstellungsprozesse offenlegen sowie soziale und nachhaltige Standards bei ihren Herstellern einfordern.

Die Stadtverwaltung sollte deshalb bei den Produzenten der städtischen Dienstkleidung die Produktionsbedingungen abfragen und in Zusammenarbeit mit anerkannten Organisationen wie z.B. Fair Wear Foundation oder CCC darstellen, ob es für diese Kleidungsstücke fair hergestellte Alternativen gibt.

Fraktion Die Grünen - rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Vogel

Mitglied des Stadtrates